

Für eine Unterstützung des Nahost-Friedensprozesses

An dem entsprechenden Antrag sind die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen beteiligt. Anlass für die fraktionsübergreifende Initiative ist die Militäraktion israelischer Streitkräfte gegen die „Gaza-Solidaritätsflotte“ in internationalen Gewässern vor der Küste Gazas im Mai 2010.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine Änderung der bisherigen Blockade-Politik Israels gegenüber dem Gazastreifen einzusetzen. Sie soll eine internationale Untersuchung des Einsatzes gegen die „Solidaritätsflotte“ unterstützen. Die Lebenslage der Zivilbevölkerung in Gaza soll verbessert werden. Deshalb soll die Bundesregierung darauf hinwirken, dass die sehr eng gefasste, für die Versorgung völlig unzureichende Positivliste einführbarer Güter in eine Negativliste verbotener Güter, wie vor allem Waffen, umgewandelt wird. Die Sicherheitsinteressen Israels müssen dabei gewahrt und vor allem der Waffenschmuggel nach Gaza unterbunden werden. Im Rahmen der EU sollte gegenüber Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde das Angebot gemacht werden, gemeinsam ein konstruktives internationales Grenzmanagement aufzubauen, das die Überwachung von Lieferungen nach Gaza sicherstellt und dabei den Waffenschmuggel unterbindet. Der Generalsekretär der VN soll damit beauftragt werden, mit Israel über den Zugang nach Gaza auch auf dem Seeweg zu verhandeln. Die Bundesregierung wird außerdem aufgefordert, sich gegenüber Israel und den Palästinensern für eine Aufnahme direkter Friedensgespräche mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung einzusetzen.

Auf dem Weg zu einem Europäischen Auswärtigen Dienst

Wie stellt man bestmöglich die Weichen, damit das außen- und sicherheitspolitische Handeln Europas in der Welt mit Hilfe des neu vorgesehenen „diplomatischen Dienstes“ stimmiger wird?

Ein Dienst für das auswärtige Handeln der EU nach dem Vertrag von Lissabon

Mit dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon soll das auswärtige Handeln der Europäischen Union insgesamt einheitlicher und wirkungsvoller werden. Daher wurde auch das Amt des „Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik / Vizepräsident der Europäischen Kommission“ eingerichtet. Dieses wird mittlerweile durch die britische Sozialdemokratin Lady Catherine Ashton wahrgenommen. Die „Hohe Vertreterin“ soll sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auf den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) stützen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits frühzeitig den Aufbauprozess des EAD durch eine Kleine Anfrage begleitet. Dabei wurde nachgefragt, ob die „Hohe Vertreterin“ beim Aufbau eines starken europäischen Dienstes durch die Bundesregierung angemessene Unterstützung erfährt.

Ein Dienst im Dienste aller EU-Institutionen – nur mit parlamentarischer Mitwirkung

Mit einem Antrag haben wir dargelegt, dass der EAD nur dann als ein identifikationsstiftendes Element der EU betrachtet und genutzt wird, wenn das Europäische Parlament bis zu seiner endgültigen Ausgestaltung gleichberechtigt mitwirkt. Die parlamentarischen Kontrollrechte in Bezug auf den Entwicklungsstand des EAD sollten gegenüber dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament auch durch regelmäßige öffentliche Berichte der Bundesregierung gewährleistet werden.